

**Lothar Quanz**  
VORSITZENDER DER  
SPD-KREISTAGSFRAKTION  
WERRA-MEISSNER

**Sigrid Erfurth**  
VORSITZENDE DER KREISTAGSFRAKTION  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herrn Kreistagsvorsitzenden  
Dieter Franz  
Schlossplatz 1  
37269 Eschwege

Eschwege, 7. November 2014

Sehr geehrter Herr Franz,

wir bitten Sie folgende Resolution in der heutigen Kreistagssitzung mit zu behandeln:

### **Keine Gefährdung des Grundwassers durch Laugenverpressung -**

### **Keine Aufgabe unserer Ziele: Trinkwasser schützen, Werra und Weser zu sauberen Gewässern machen**

#### **Vorbemerkung:**

Salzhaltige Abwässer aus der Kaliproduktion im Kreis Hersfeld-Rotenburg und im thüringischen Grenzgebiet belasten weiterhin durch Versenkung den Untergrund und durch Einleiten in die Werra die Umwelt. Dazu kommen mit Schadstoffen belastete Oberflächengewässer durch Abregnung der gewaltigen Halden bei Neuhoft im Kreis Fulda sowie bei Philippsthal. Die Erlaubnis zur Versenkung in den Untergrund läuft zum 31.12. 2015 aus, die Einleitungsgenehmigung bis 2020 in die Werra ist mit der Auflage verbunden, die bis dahin einzuleitenden Volumina kontinuierlich abzusenken.

Der „Runde Tisch Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion hat bereits im Jahre 2010 empfohlen: „ Die Entsorgung des (nach Umsetzung von technischen Maßnahmen nicht vermeidbaren) weiter anfallenden Salzabwassers durch den Bau einer Fernleitung an einen ökologisch verträglichen Einleitungspunkt im Bereich der Nordsee sicher zu stellen und damit die Oberflächen- und Grundwasser nachhaltig zu entlasten. (...) Aufgabe der beteiligten Länder sollte es sein, für die rechtliche und politische Umsetzbarkeit des Konzepts und ein zügiges Genehmigungsverfahren über Ländergrenzen hinweg Sorge zu tragen.“

#### **Der Kreistag möge beschließen:**

Der Kreistag des Werra-Meißner-Kreises hat sich in mehrfachen Resolutionen und Beschlüssen uneingeschränkt hinter die Empfehlungen des Runden Tisches gestellt und sich dafür ausgesprochen, die Versenkerlaubnis nicht über das Jahr 2015 hinaus zu verlängern, und die nicht vermeidbaren Laugenabwässer über eine Fernpipeline an einem geeigneten Punkt in die Nordsee einzuleiten. Dabei wurde die Einleitung in die Oberweser lediglich als Verlagerung und nicht als Lösung des Abwasserproblems angesehen. Der Kreistag des Werra-Meißner-Kreises hält dieses Vorgehen unter ökologischen Gesichtspunkten auch weiterhin für das sinnvollste Konzept.

## Lothar Quanz

VORSITZENDER DER  
SPD-KREISTAGSFRAKTION  
WERRA-MEISSNER

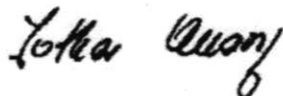
## Sigrid Erfurth

VORSITZENDE DER KREISTAGSFRAKTION  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Kreistag des Werra-Meißner-Kreises nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass die Landesregierung dieses Entsorgungskonzept nicht mehr als umsetzbar betrachtet und ein davon abweichendes Lösungskonzept verfolgen will. Insbesondere die im sogenannten 4-Phasen-Plan beabsichtigte Verlängerung der Versenkerlaubnis stößt im Werra-Meißner-Kreis auf große Skepsis.

Für den Kreistag des Werra-Meißner-Kreises ist es nicht nachvollziehbar, dass nach diesem Plan auch über das Jahr 2075 hinaus belastete Abwässer von den Halden über hunderte von Jahren dauerhaft in die Werra eingeleitet werden sollen. Der Kreistag kritisiert, dass das Ziel, in absehbarer Zeit auch für die Werra die Qualität eines naturnahen Gewässers zu erreichen, offenbar aufgegeben wird.

Der Kreistag des Werra-Meißner-Kreises fordert die Landesregierung auf, das Unternehmen K+S auf eine umweltgerechte Entsorgung seiner laugenhaltigen Abwässer zu verpflichten und im Falle einer Verlängerung der Versenkerlaubnis sicher zu stellen, dass Gefährdungen des Grundwassers ausgeschlossen werden. Weiterhin erwarten wir von der Landesregierung, dass dem Unternehmen aufgegeben wird, alle technischen Möglichkeiten zur Reduzierung von Produktions- und Haldenabwässern zu nutzen. Dabei ist zu beachten, dass etwa 6000 Arbeitsplätze und die damit verbundene Wertschöpfung durch den Kalibergbau in der Region nicht gefährdet werden.



Lothar Quanz



Sigrid Erfurth

### Adressaten:

Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
und  
die im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen  
K+S AG